

Arndt Macheledt

Geteilte Landschaft

Sozioökonomische Entwicklungen in der thüringischen
und hessischen Rhön 1945–1961



Veröffentlichungen der
Historischen Kommission für Thüringen

Kleine Reihe Band 71

böhlau

Veröffentlichungen der
Historischen Kommission für Thüringen

Kleine Reihe

Band 71

Arndt Macheledt

Geteilte Landschaft

Sozioökonomische Entwicklungen in der thüringischen
und hessischen Rhön 1945–1961

BÖHLAU

Gedruckt mit Unterstützung des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, der jenacon foundation und des Vereins für Thüringische Geschichte.



ISBN 978-3-412-53443-1
ISBN 978-3-412-53444-8 (PDF)
ISBN 978-3-412-53445-5 (eLibrary)
DOI <https://doi.org/10.7788/9783412534455>

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2026 Brill Deutschland GmbH, Robert-Bosch-Breite 10, 37079 Göttingen, Deutschland

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile desselben sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlags nicht zulässig. Text- und Datamining zu kommerziellen Zwecken bedarf der Genehmigung des Verlags.

Böhlau und Brill Deutschland GmbH sind Teil von De Gruyter Brill.
www.degruyterbrill.com

Fragen zur allgemeinen Produktsicherheit: productsafety@degruyterbrill.com

Umschlagabbildung: Aktenaustausch der Behörden an der Zonengrenze bei Grüsselbach 1957 – Foto: Stadtarchiv Fulda
Druck: Elanders Waiblingen, Waiblingen

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	7
1 EINLEITUNG	9
1.1 Fragestellung	9
1.2 Zeitliche und räumliche Eingrenzung	13
1.3 Forschungsstand	15
1.4 Methodik und Quellenlage	20
2 EINE REGION WIRD GETEILT. GRENZE ZWISCHEN ZWEI SYSTEMEN	23
2.1 Grenzregime in der Rhön.....	23
2.1.1 Von der grünen Grenze zur undurchlässigen Barriere	23
2.1.2 Zwangsaussiedlungen als Instrument der Grenzraumsicherung	40
2.2 Administrative Strukturen	52
2.2.1 (Re-)Organisation von Politik und Verwaltung	52
2.2.2 Enttäuschte Hoffnungen des katholischen Milieus.....	61
2.3 Propaganda, Vereinnahmung und öffentlichen Wahrnehmung.....	65
2.3.1 Flucht und Vertreibung im öffentlichen Bewusstsein	65
2.3.2 Der 17. Juni in der Rhön	67
2.3.3 Rechtfertigung und Kritik an der Grenze.....	70
3 ENTFLOCHTENE NETZWERKE UND NEUORIENTIERUNG. WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN IN EINEM LÄNDLICHEN RAUM	77
3.1 Landwirtschaft	77
3.1.1 Vorbemerkung: Die Rhön als landwirtschaftliches Rückstandsgebiet ...	77
3.1.2 Zerschnittene Äcker.....	80
3.1.3 Bodenreform und Kollektivierung.....	91
3.2 Handel, Industrie, Handwerk	104
3.2.1 Neue und alte Betriebe im Schatten der Grenze	104
3.2.2 Wirtschaftliche Entwicklung unter den Bedingungen von Sozialismus und Sperrgebiet	111
3.3 Infrastruktur und staatliche Förderungen.....	117
3.3.1 Die Rhön als Objekt von Zonenrandförderung und Hessenplan.....	117
3.3.2 Planvorgaben und sozioökonomische Realitäten	127

4	LEBEN AN DER GRENZE. ALTE UND NEUE SOZIALSTRUKTUREN	133
4.1	Neue Heimat oder Zwischenstation Rhön	133
4.1.1	Vertriebene	133
4.1.2	Grenzgänger und Flüchtlinge	147
4.2	Uniformträger als sozialer Faktor	163
4.3	Rolle der Kirchen und kirchliches Leben im Grenzgebiet	169
5	SCHLUSSBETRACHTUNG.....	185
	ANHANG.....	191
I	ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	191
II	QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS	193
II.I	Quellen	193
II.II	Literatur.....	198
III	ORTSREGISTER	219

Vorwort

Bei dem vorliegenden Werk handelt es sich um die geringfügig überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die 2024 von der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena angenommen wurde. Für die sehr gute fachliche Unterstützung bedanke ich mich vornehmlich bei den Betreuern meines Promotionsprojekts, Privatdozent Dr. Stefan Gerber und Professor Dr. Uwe Schirmer. Ein ebenso großer Dank gilt der Historischen Kommission für Thüringen für die Aufnahme meiner Arbeit in die *Kleine Reihe der Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Thüringen*. Auch bedanke ich mich beim Verein für Thüringische Geschichte sowie der jenaconfoundation für die freundliche Gewährung eines Druckkostenzuschusses.

Das Thema ist sehr eng mit meiner ehemaligen Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Point Alpha Stiftung verknüpft. Deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bin ich für den wertvollen Austausch über verschiedene Aspekte des Untersuchungsgegenstands sehr dankbar. Nicht zuletzt durch die Arbeit mit den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen der Gedenkstätte Point Alpha erhielt ich wichtige Impulse für die Konzeption meines Forschungsvorhabens. Auch Ihnen sei an dieser Stelle besonders gedankt. Ebenfalls bedanke ich mich bei Maximilian Rübberdt für die konstruktiven Diskussionen in der Phase der Endredaktion.

Aufgewachsen in der Grenzregion, mit familiären Wurzeln in Thüringen und Hessen, bewegen mich die Schicksale der Menschen, die unter der innerdeutschen Grenze litten, in besonderem Maße. Ihnen ist dieses Buch gewidmet. Möge es die Erinnerung an das Leid und die Folgen der deutschen Teilung in der Rhön bewahren

Fulda, im September 2025

Arndt Macheledt

1. Einleitung

1.1 Fragestellung

[Die] Mauer war mehr als eine Staatsgrenze; sie schuf einen gesamtgesellschaftlich neuen Zustand. Als Grenze durch zwei Staaten formte sich um sie eine Gesellschaftsgeschichte aus Abgrenzung und Kontakt, aus Kontrollsuche und -verlust, aus Gemeinsamkeit und Differenz.¹

So beschrieb es WOLFF in seiner 2019 erschienen Untersuchung über die Auswirkungen der innerdeutschen Migrationsbewegungen nach 1961 auf die Gesellschaften in der DDR und der Bundesrepublik. Kein anderes Symbol symbolisierte die realen Zustände des Kalten Krieges in Europa so sehr wie die Berliner Mauer und die massiv ausgebaute und bewachte Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten, die sich auf einer Länge von fast 1.400 km von der Ostsee bis zur tschechoslowakischen Grenze zog. Die Systemkonkurrenz und die Entwicklung dieser beiden Staaten stehen seit Jahrzehnten im Fokus geschichts- und politikwissenschaftlicher Untersuchungen. Die unmittelbare Wirkung der Grenze auf die Menschen, Kommunen, Wirtschaftsbetriebe und Institutionen in ihrem unmittelbaren Nahbereich sind hingegen von der Forschung deutlich weniger beachtet worden. Dies trifft vor allem auf die Westgrenze der DDR zu. Die Berliner Mauer, das zentrale Sinnbild für die Teilung, ist in der medialen Berichterstattung und intensiven Erforschung in ihrer Wirkung seit 1961 weitaus prominenter beachtet worden. Im Gegensatz zu ihr verlief die innerdeutsche Grenze weitgehend durch dünn besiedelte ländliche Regionen Nord- und Mitteldeutschlands, die sich in ihren kulturellen Eigenheiten deutlich voneinander unterscheiden. Eine Untersuchung des fränkisch-thüringischen Grenzraums, der kulturell und wirtschaftlich traditionell sehr eng miteinander verbunden war, kann daher kaum auf die Verhältnisse im Raum Schleswig-Holstein und Mecklenburg übertragen werden. Für das Verständnis der Wirkung der Grenzziehung und deren sukzessiven Ausbau für die lokalen Räume sind daher regionalhistorische Forschungen notwendig, welche jeweils die spezifischen Rahmenbedingungen und historisch gewachsenen Gegebenheiten miteinbeziehen.

Eine dieser Grenzregionen entlang des sogenannten Eisernen Vorhangs war die Rhön, deren Gebiet sich über die heutigen Bundesländer Thüringen, Hessen und Bayern erstreckt. Trotz seiner mittigen Lage im deutschsprachigen Raum trug dieses Mittelgebirge über Jahrhunderte der Charakter eines Grenzraums. Vor allem die Grenze zwischen den geistigen Territorien Fulda und Würzburg prägte

¹ Frank WOLFF, *Die Mauergesellschaft. Kalter Krieg, Menschenrechte und die deutsche Migration 1961–1989*, Berlin 2019, S. 25f.

die politischen Verhältnisse und die soziokulturellen Verbindungen in der Bevölkerung bis ins 19. Jahrhundert. Nicht zuletzt die beginnende Konkurrenz dieser beiden Territorien mit dem Einsetzen der Gegenreformation um die Vorherrschaft in dieser Region führte zu einem deutlichen Gegensatz, der sich auch im Grenzgebiet, das durch die Rhön verlief, auswirkte. Bis heute prägen Grenzsteine, Überreste von Landwehren und grenzbedingte Höhengiedlungen aus dieser Zeit das Landschaftsbild in weiten Teilen des Mittelgebirges.² Die Säkularisierung im 19. Jahrhundert brachte für die Rhön neue Grenzen. Die ehemals zu Fulda und Würzburg gehörenden Gebiete wurden nach dem Ende der napoleonischen Herrschaft unter dem Kurfürstentum Hessen, dem Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach und dem Königreich Bayern aufgeteilt. Für den westlichen Teil des ehemaligen Fürstbistums Fulda währte die kurhessische Zeit nur bis zur Annexion durch Preußen 1866. Das Land Thüringen entstand erst 1920 und wurde bereits 1952 zugunsten der Bezirke in der DDR aufgelöst. Diese Faktoren hemmten ein Landesbewusstsein bzw. ein Zugehörigkeitsgefühl der Menschen in der Rhön zu den neuen Landesherren. Die gemeinsame kulturelle Klammer bildete der tief verwurzelte Katholizismus der Region, wodurch sich die Bevölkerung deutlich von den protestantisch geprägten Ländern Kurhessen/Preußen und Sachsen-Weimar-Eisenach/Thüringen unterschied.³ Trotz der faktischen politischen Grenze blieben die sozioökonomischen Verflechtungen zwischen den hessischen und thüringischen Dörfern in der nördlichen Rhön aufgrund der gemeinsamen fuldischen Vergangenheit und der daraus resultierenden religiösen und kulturellen Homogenität der Region sehr eng.

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg unterschieden sich die Entwicklungen in den Grenzregionen Hessens und Thüringens über Jahre und Jahrzehnte zu denen in jenen Städten und Kreisen, die weiter von der Peripherie entfernt lagen. Durch die Abriegelung der Grenze und der Errichtung eines Sperrgebiets 1952 wurden die Rhöndörfer in Thüringen auf doppelte Weise von den sie umgebenden Orten

² Vgl. Thomas GUNZELMANN, Die Bedeutung der Rhön aus historisch-geographischer Sicht und ihr Stellenwert innerhalb der mitteleuropäischen Kulturlandschaft, in: Thomas HEILER u. a. (Hg.), Die Rhön. Geschichte einer Landschaft (Vonderau Museum. Kataloge, Bd. 41), Petersberg 2015, S. 73–101, hier S. 95.

³ Fulda erhielt vor allem während des Kulturkampfes im späten 19. Jahrhundert nationale Bedeutung für die katholische Bevölkerung im gesamten Reichsgebiet. Als Wirkungsstätte des heiligen Bonifatius und als ein Zentrum der Gegenreformation wurde es zu einem Kristallisationspunkt einer katholischen Teilkultur in Deutschland. Bereits seit 1867 fand als deutliches Zeichen die deutsche Bischofskonferenz jährlich in Fulda statt. Vgl. WEICHELIN, Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik, S. 42; Zum Verhältnis zwischen Staat und katholischer Bevölkerung in Thüringen bis 1933 u. a.: Arndt MACHELEDT, Region und Religion. Katholiken im Lutherland Thüringen. In: Engere Heimat. Die Gründung des Landes Thüringen 1920, Christan FALUDI; Marc BARTUSCHKA (Hg.), Wiesbaden 2020, S. 203–215.

und Menschen abgekoppelt. Die Erfahrungen der Repression und die Nähe zur immer weiter ausgebauten und schwer bewachten Staatsgrenze beeinflusste das tägliche Leben der Bevölkerung in nahezu jeglicher Hinsicht.

Im Verlauf der militärischen Verschärfung des sowjetisch-amerikanischen Gegensatzes, vor allem nach dem Koreakrieg, änderte sich auch das Bewusstsein der Bevölkerung im westdeutschen Grenzgebiet. Besonders die seit den 80er Jahren bekannten Szenarien des Fulda Gap als Einmarschgebiet im Falle eines Angriffs des Warschauer Paktes, prägte sich tief in das kollektive Gedächtnis der Region ein, wenngleich sich daraus keine überregionale, identitätsstiftende Erzählung für die gesamte Bundesrepublik entwickelte.⁴ Auch der Begriff des Zonenrandgebiets und der damit verbundenen tatsächlichen oder empfundenen Benachteiligung und Rückständigkeit gegenüber anderen Regionen wie dem Rhein-Main-Gebiet prägten und prägen die Selbstwahrnehmung in diesem Raum. Dennoch setzte in den 50er Jahren in Hessen, wie auch in der gesamten Bundesrepublik, ein Prozess ein, bei dem regionale Identität, die auf untergegangener Staatlichkeit oder soziokulturellen Besonderheiten beruhte, zurück ging. Stattdessen kristallisierte sich eine Identität über die Bundesrepublik und die jeweiligen Bundesländer heraus.⁵

NUGENT verwies darauf, dass sich in Europa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts viele Bewohner von Grenzgebieten den Rücken zugewandt hätten und eine starke Orientierung hin zum Inneren des eigenen Staates eingesetzt habe.⁶ Diese Tendenz kennzeichnete auch die Entwicklung in der Rhön in den eineinhalb Jahrzehnten nach 1945.⁷ Historisch und kulturell begründete Verflechtungen zwischen hessischen und thüringischen Dörfern und Städten verloren an Bedeutung und wurden gewaltsam zerschnitten. Diese Entwicklungen stellten die örtlichen Akteure vor große Herausforderungen und erzwangen eine

⁴ Vgl. Helmut R. HAMMERICH, Fulda Gap. Brennpunkt des Kalten Krieges zwischen Mythos und Wirklichkeit, in: HEILER, Die Rhön, S. 301–304.

⁵ Vgl. Helmut BERDING, Staatliche Identität, nationale Integration und politischer Regionalismus, in: Hans PATZE (Hg.), Staatsgedanke und Landesbewusstsein in den neupreußischen Gebieten (1866), Marburg, Ulm 1985, S. 111–133, hier S. 131–133.

⁶ Die Europäische Union versucht seit Jahrzehnten diese Entwicklung durch gezielte Programme abzumildern: Paul NUGENT, Border Towns and Cities in Comparative Perspective, in: Thomas M. WILSON; Hastings DONNAN (Hg.), A Companion to Border Studies, Hoboken 2012, S. 557–572, hier S. 570.

⁷ Vgl. Eine 2006 durchgeführte Studie machte deutlich, dass es in den einzelnen Teilen der Rhön nur ein sehr schwach ausgeprägtes *gesamtrhöner* Regionalbewusstsein gab. In Hessen gaben nur 33 % der Befragten an, die gesamte Rhön als ihren unmittelbaren Bezugsraum anzusehen. In Thüringen waren es 37 %. Die Mehrheit identifizierte sich demgegenüber als Bewohner der hessischen bzw. thüringischen Rhön: Tobias KÜHNE; Tobias BEHNEN, Gibt es eine Rhöner Identität? Empirische Untersuchung des Regionalbewusstseins, in: Beiträge Region und Nachhaltigkeit. Zu Forschung und Entwicklung im UNESCO-Biosphärenreservat Rhön 3 (2006), S. 82–88, hier S. 84f.

Umorientierung der gesamten Bevölkerung hin zu anderen regionalen Zentren sowie eine Anpassung an die neuen Bedingungen eines durch die Grenze dominierten Raumes. Kaum ein Aspekt des täglichen Lebens blieb von den Folgen der Teilung in den grenznahen Dörfern unberührt, wie weiter unten dargestellt wird.

Die vorliegende Arbeit untersucht die unmittelbaren sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgen der Festlegung der Zonengrenzen und der späteren Staatsgrenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Gebiet der nördlichen Rhön. Dabei geht sie der Frage nach, wie sich die erzwungene Entflechtung gewachsener Strukturen und Beziehungen gestaltete, welche Handlungsoptionen für die lokale Bevölkerung dabei bestanden und wie sie jeweils auf neue Herausforderungen, etwa die Integration neuer sozialer Gruppen oder die Erfahrungen von Flucht und Repression, reagierten. Bei der Untersuchung werden dabei, ausgehend von den spezifischen Prägungen der Region, welche sich vor allem in ihrer konfessionellen und sozioökonomischen Struktur darstellen, regionale Alltagsgeschichte und Strukturgeschichte miteinander verbunden und gegenseitig ergänzt. Konkret stehen einerseits Fragen nach der unmittelbaren Auswirkung der Grenze auf die historisch gewachsenen, ökonomischen und sozialen Strukturen sowie politische Gruppen und Akteure im Zentrum der Untersuchung. Darüber hinaus beleuchtet die Arbeit aber auch die sich daraus ergebende Entwicklung der Eigen- und Fremdwahrnehmung der Region und ihrer Bewohner. Zu analysieren ist in diesem Zusammenhang die Frage, ob und wann sowie falls ja, aus welchen konkreten Gründen sich die Menschen in dem untersuchten Gebiet als Grenzbevölkerung und ihre Heimat als Grenzregion wahrgenommen und bezeichnet haben. Welche Faktoren bestimmten eine Veränderung der eigenen Sichtweise der Bewohner, aber auch regionaler Akteure aus Politik, Wirtschaft oder Kirche und welche Formen individueller und kollektiver Anpassung an die neuen politischen Rahmenbedingungen ließen sich in der Rhön feststellen? Diesen Fragen widmet sich diese Studie und wählt dabei bewusst einen Zugang, der nicht nur geografisch die beiden Seiten der Grenze, sondern auch alltags-, wirtschafts- und strukturgeschichtliche Aspekte miteinander verschränkt. Dadurch soll einerseits ein regionalhistorischer Beitrag zu einer integrierten deutschen Nachkriegsgeschichte geliefert werden. Gleichzeitig soll aber auch die Wirkungen von aufgezwungenen, politisch begründeten Grenzen für einen soziokulturell homogenen ländlichen Raum herausgearbeitet werden, wodurch die Ergebnisse anschlussfähig für weitere regionalgeschichtliche Untersuchungen über Grenzregionen während des Kalten Krieges sein können.

1.2 Zeitliche und räumliche Eingrenzung

Die nördliche Rhön unterschied sich in ihren landschaftlichen Gegebenheiten von denen in der südlich gelegenen Hohen Rhön wie auch von dem sich nördlich anschließenden Werratal, das seit der Jahrhundertwende durch den Kalibergbau stark industriell geprägt ist. Der Raum zwischen Geisa und Hünfeld war in der Mitte des 20. Jahrhunderts gekennzeichnet durch eine kleinteilige Landwirtschaft, die oft im Nebenerwerb betrieben wurde und durch die negativen Bodenverhältnisse nur wenig produktiv war.

Auch die europäische Landschaftskonzeption stellt die charakteristischen Merkmale einer Landschaft, die durch den kulturhistorischen Wert der Landschaft begründet sind, in den Vordergrund. Sie sieht das Verhältnis des Menschen zu der ihn umgebenden Landschaft als ganz wichtigen Punkt. Kulturlandschaften sind Ausdruck der Vielfalt des gemeinsamen Kultur- und Naturerbes und daher wesentlicher Bestandteil der regionalen Identität. Sie haben damit auch eine wichtige gesellschaftliche Funktion.⁸

Diesem Ansatz folgend erstreckt sich das Untersuchungsgebiet der vorliegenden Studie auf die Gemeinden um die Kleinstädte Geisa (Thüringen) und Hünfeld (Hessen), die über Jahrhunderte administrative Zentren des Fürstbistums bzw. Hochstifts Fulda in dessen nordöstlichen Gebieten waren und bis 1945 weitgehend homogene soziale und ökonomische Strukturen aufwiesen. Sowohl in Hessen als auch in Thüringen gehörten diese Gebiete zu den wirtschaftlich schwächsten und lagen fernab der nächsten städtischen Zentren. Die beiden Landstädte bildeten für die umliegenden Dörfer traditionelle Orientierungspunkte und nahmen Funktionen von lokalen Unterzentren ein. Dies betraf ihre Funktion als Handelsplatz für landwirtschaftliche Produkte, für die Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs sowie als Standort von ärztlicher Versorgung und verschiedener Schulen. Geisa gehörte seit Beginn des 19. Jahrhunderts zu Sachsen-Weimar-Eisenach und ab 1920 zum Land Thüringen. Die traditionelle Verbindung zur Bischofsstadt Fulda blieb bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg erhalten. Bis 1950 waren die Stadt und die Dörfer des Geisaer Amtes Teil des Landkreises Eisenach und wurden auch als *Eisenacher Oberland* bezeichnet. 1950 wurden sie dem neu gegründeten Kreis Bad Salzungen zugeordnet. Weder Bad Salzungen noch Eisenach waren bis dahin für die mehrheitlich katholischen Bewohner dieser Region nennenswerte soziale oder wirtschaftliche Bezugspunkte. Ökonomisch und kulturell blieb die Verbundenheit nach Hessen sehr eng. Umso drastischer waren die Folgen der Grenzschiebung 1952, die diese Verbindungen bewusst zerschnitt. Gleiches galt für die Menschen auf

⁸ GUNZELMANN, Die Bedeutung der Rhön, S. 76f.

der hessischen Seite der Grenze. Vor allem die grenznahen Gemeinden Rasdorf, Setzelbach und Wenigentaft waren stark nach Geisa orientiert, was sich auch in den zahlreichen familiären Verbindungen innerhalb des dortigen katholischen Milieus zeigte. Hünfeld konnte diese Funktionen nach 1945 erst allmählich ausfüllen. Während Hünfeld und Geisa bei Kriegsende jeweils rund 3.000 Einwohner zählten, stieg deren Zahl in Hünfeld aufgrund des enormen Zuzugs von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen in den folgenden Jahren stark an. Geisa war hingegen, vor allem nach 1952, durch Wegzug und Flucht geprägt. Diese Entwicklungen erfolgten analog auch in den umliegenden Dörfern.

Die vorliegende Arbeit geht der Frage nach, wie die betroffenen Bewohner des skizzierten Gebiets auf die Folgen der Teilung reagierten, welche alten und neuen Netzwerke dabei genutzt wurden und wie sich die Bewertung der Situation an der Grenze veränderte. Dafür drängt sich als Ausgangspunkt das Frühjahr 1945 auf. Im April befreiten amerikanische Truppen die Städte und Dörfer der Rhön und installierten eine eigene Militärverwaltung. Im Juli 1945 übergaben die Amerikaner gemäß den alliierten Kriegskonferenzen Thüringen und damit auch das Geisaer Amt an die Rote Armee. Seit diesem Zeitpunkt wurde aus der ehemals grünen Grenze die Demarkationslinie zwischen zwei Besatzungszonen und später zwei deutschen Staaten. Von einschneidender Wirkung waren die Ereignisse im Sommer 1952 mit der Schließung der Grenze, der physischen Unterbrechung noch bestehender Verkehrswege und den Zwangsaussiedlungen im Sperrgebiet der DDR. Faktisch befand sich das Grenzgebiet auf beiden Seiten seit diesem Zeitpunkt in einem dauerhaften *Ausnahmestand*.⁹ Dennoch konnten die grenzübergreifenden wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen im Verborgenen weiter aufrechterhalten werden. Diese Phase endete mit dem Jahr 1961, das daher hier als Begrenzung des Untersuchungszeitraums angesetzt wird.

Einerseits verfestigte sich in diesem Jahr durch den massiven Ausbau der Grenzanlagen, parallel zum Bau der Berliner Mauer, die Situation als Grenzland in der Rhön und zerschlug bei den Bewohnern auf beiden Seiten die letzten Hoffnungen auf eine baldige Überwindung der Teilung ihrer Heimat. Andererseits erreichte der Konflikt zwischen dem ländlich-katholischen Milieu und den Vertretern der Partei und der offiziellen Behörden der DDR in diesem Jahr in der Rhön ihren Höhepunkt in der Frage um die Kollektivierung der Landwirtschaft. Dies führte zu einem temporären Anstieg der Fluchten in die benachbarten hessischen Dörfer. Zwischen 1945 und 1961 waren die Entwicklungen im Grenzgebiet ambivalent und geprägt durch die versuchte Aufrechterhaltung alter Beziehungen und gleichzeitig einer allmählichen Anerkennung der politischen Lage und der daraus resultierenden Notwendigkeit sich auf die neuen Umstände einzustellen.

⁹ Petra WEBER, *Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90* (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 10620), Bonn 2020, S. 215.

1.3 Forschungsstand

Die Forschung zur deutschen Nachkriegsgeschichte bis 1990 beschränkte sich lange auf die jeweiligen Entwicklungen in den beiden deutschen Staaten Bundesrepublik und DDR. Dabei handelte es sich überwiegend um eine parallele Geschichtsschreibung, die zwar den jeweils anderen Staat als einflussreiches Gegenmodell präsentierte, jedoch selten den Fokus auf die engen wechselseitigen Verflechtungen legte. Als ein Begründer einer integrierten deutschen Geschichte für die Epoche von 1945 bis 1990 kann KLESSMANN angesehen werden, der in den 90er Jahren mehrere Publikationen vorlegte, die diesen Ansatz verfolgten.¹⁰ Er forderte, dass es eine gesamtdeutsche Nachkriegsgeschichte brauche, da beide Teile Deutschlands trotz der Teilung immer eng verflochten geblieben seien. Dabei sei jedoch der wechselseitige Bezug asymmetrisch gewesen, da die Bundesrepublik während des gesamten Zeitraums der Zweistaatlichkeit als Referenzvorlage für die Bevölkerung und die Eliten in der DDR gedient habe. Dennoch seien auch bestimmte gesellschaftliche Prägungen, vor allem in der jungen Bonner Republik, nur durch die Nachbarschaft zu einer sozialistischen Diktatur zu verstehen.¹¹ Dass jedoch auch Kleßmann in seinem zweiten Band zur Nachkriegsgeschichte nicht konsequent diesem geforderten Ansatz folgte, sondern die jeweilige ost- und westdeutsche Geschichte hintereinander in eigenen Blöcken erzählte, kritisierte WENTKER 2005. Er wies zudem daraufhin, dass ein solcher Ansatz die Gefahr berge, fundamentale Unterschiede der jeweiligen Systeme und gesellschaftlichen Entwicklungen einzuebnen.¹² Er stellte sich damit gegen die Forderung einer integrierten, gesamtdeutschen Geschichte. Wissenschaftliche Forschung dürfe nicht aufgrund tagespolitischer Forderungen erfolgen und sich damit zur *Magd der Politik* machen und *Zulieferfunktionen* übernehmen. Auch weiterhin könne die deutsche Nachkriegsgeschichte als Geschichte zweier Staaten erzählt werden. Dies forderte er allerdings vor allem für die Zeit nach 1961 und gesteht damit den wechselseitigen Beziehungen vor diesem Zeitpunkt ebenfalls eine wichtige Bedeutung zu.¹³ 2020 erschien mit der umfangreichen Darstellung von WEBER der jüngste Ansatz einer Gesamtdarstellung deutscher Nachkriegsgeschichte, die auf eine parallele Darstellung verzichtet und bei der auch auf die

¹⁰ Hier zu nennen v.a.: Christoph KLESSMANN, *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955* (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 298), Bonn 1991; Christoph KLESSMANN, *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Bonn 1997.

¹¹ Christoph KLESSMANN, *Zeitgeschichte als wissenschaftliche Aufklärung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2002), S. 3–13, hier S. 6.

¹² Hermann WENTKER, *Zwischen Abgrenzung und Verflechtung: deutsch-deutsche Geschichte nach 1945*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (2005), S. 10–17, hier S. 12.

¹³ Ebd., S. 10f.

engen menschlichen Beziehungen, die vor allem bis 1961 auf verschiedenen Ebenen noch bestanden hätten, verwiesen wird.¹⁴ 2010 widmete sich erstmals eine umfangreiche Ausstellung des Historischen Museums Hannover vergleichend mit Grenzerfahrungen und der Wirkung der Grenze auf die Bewohner unterschiedlicher Regionen, beschränkte sich dabei aber hauptsächlich auf biografische Zugänge.¹⁵ Die vorliegende Arbeit lehnt sich in ihrer Zielsetzung und Methodik mehr den Ansätzen Kleßmanns und Webers an ohne sich dabei aktuellen politischen Fragestellungen wie dem Zustand der inneren Einheit Deutschlands zu verschreiben. Vielmehr erscheint eine getrennte Betrachtung der Entwicklung des östlichen und des westlichen Teils der Rhön im gewählten Zeitraum als wenig erkenntnisreich.

Die historische Grenzforschung ist noch immer eine sehr junge Disziplin der Geschichtswissenschaft, vor allem im deutschsprachigen Raum. KOCKA bemerkte dazu schon 2003, dass die Geschichte der DDR und besonders die Entwicklung ihrer Grenze zur Bundesrepublik mit ihrer vergeblichen Befestigung und unaufhaltsamen Auflösung von großer Bedeutung für die deutsche Nationalgeschichte sei.¹⁶ STRUCK erwähnte dazu, dass diese vor allem aus Sicht der politisch-administrativen Zentren und nicht von der Peripherie und den Rändern her betrieben wurde. Die Ereignisse des Jahres 1989 hätten aber gezeigt, dass gerade die Grenzräume an der Peripherie ein einflussreiches Eigenleben entwickeln konnten, das die Ereignisse in den politischen Zentren stark beeinflusste.¹⁷ Darüber hinaus seien Grenzräume allgemein *im Sinne ihrer Doppelfunktion als trennende coupure und verknüpfende couture [...] in den meisten Fällen etwas Verbindendes, ein kultureller Übergangs- und dynamischer Transferraum*.¹⁸ Vor allem in den Vereinigten Staaten haben sich die *border studies* seit der Jahrtausendwende als eigenständige, fächerübergreifende Disziplin etabliert. Diese Art der Grenzforschung konzentriert sich stark auf Städte im grenznahen Raum und hat den Begriff der *twin cities* geprägt, die stets eine reziproke Verbindung aufwiesen und daher von besonderem Wert für die transnationale Verflechtungsgeschichte seien. Dabei werden Grenzstädte als soziale Laboratorien betrachtet, in denen sich nationale und internationale Beschlüsse und politische Entscheidungen direkt

¹⁴ WEBER, *Getrennt und doch vereint*, S. 202.

¹⁵ Thomas SCHWARK; Christoph ABROLAT (Hg.), *Grenzbeziehungen - Grenzerfahrungen - Grenzüberschreitungen. Die innerdeutsche Grenze 1945–1990*, [Begleitbuch zur Ausstellung des Historischen Museums Hannover], Darmstadt 2011.

¹⁶ Jürgen KOCKA, *Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung*, in: *Deutschland Archiv* 36 (2003), S. 764–770.

¹⁷ Bernhard STRUCK, *Grenzregionen*, 2012, <http://www.ieg-ego.eu/struckb-2012-de> (21.10.2023).

¹⁸ Ebd.

widerspiegeln.¹⁹ Nicht nur an großen Metropolen an der Nahstelle zwischen zwei Staaten lassen sich solche Entwicklungen ablesen, vielmehr bieten auch Klein- und Mittelstädte wichtige Erkenntnisse für die border studies, weshalb sich hier auf die Städte Hünfeld und Geisa sowie ihr Umland konzentriert wird.

Einem vergleichbaren Ansatz folgte auch SCHEFFER in seiner Dissertation über die Entwicklung der benachbarten Kleinstädte Sonneberg (Thüringen) und Neustadt (Bayern). Die Ergebnisse sind explizit nicht exemplarisch für die gesamte inndeutsche Grenze anzusehen. Vielmehr arbeitet der Verfasser sehr tiefgründig und auf breiter Quellenbasis die Auswirkungen der Teilung im Untersuchungsgebiet heraus. Er geht dabei davon aus, dass die Bevölkerung in Grenzregionen aktiv am Zustandekommen der Grenze und ihrer Konsolidierung mitgewirkt habe: *Everyday adaptations not only lent the fortifications an aura of inevitability but also suggested that further accommodations were possible. [...] To some extent, belief in the Iron Curtain helped solidify the Iron Curtain*²⁰ Durch den rein lokalhistorischen Fokus der Arbeit lässt sie leider teilweise die Einbettung in die Geschichte der deutschen Teilung als relevante Rahmenhandlung vermissen. Diese soll, ohne unnötige Weitschweifigkeit, in dieser Publikation angeführt und mit den Ereignissen in der Rhön verknüpft werden, da sich nur so einige zentrale Entwicklungen verständlich werden.

Einen anderen Zugang wählte SCHAEFER bei seiner Untersuchung über die Auswirkungen der deutschen Teilung im Eichsfeld von 1945 bis 1990. Bewusst untersuchte er dabei einen rein ländlichen Raum an der Grenze. Seine Studie konzentriert sich vor allem auf das Verhältnis der Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze zu dem jeweiligen Staat bzw. dessen Behörden. Der Fokus ist stark auf die wirtschaftlichen Verflechtungen – vor allem im Agrarbereich – und deren Bedeutung für die lokale Gesellschaft ausgerichtet. Der Autor konnte zeigen, dass die Bevölkerung im Grenzgebiet nicht nur passiv agierte, wie oft angenommen, sondern auch aktiv auf die Behörden einwirkte und die Politik im Grenzgebiet partiell mitgestaltete. Andere Faktoren wie der Einfluss der Kirche oder von Flüchtlingen waren jedoch nicht Teil der Untersuchung.²¹ Die Auswirkungen der Gesellschafts- und Agrarpolitik der DDR auf ländliche Milieus auf regionaler Ebene wurde zuvor bereits mehrfach untersucht, jedoch ohne

¹⁹ Vgl. NUGENT, *Border Towns and Cities in Comparative Perspective*, S. 557f.

²⁰ Edith SHEFFER, *Burned Bridge. How East and West Germans made the Iron Curtain*, New York 2014, S. 140.

²¹ Sagi SCHAEFER, *States of division. Border and boundary formation in Cold War rural Germany* (Oxford studies in modern European history), Oxford 2014.

grenzübergreifenden Ansatz.²² Auch für die ökonomischen und sozialen Entwicklungen im westdeutschen Grenzgebiet liegen Arbeiten vor, die jedoch meist die Bedeutung und Notwendigkeit staatlicher Subventionsprogramme herausarbeiten und eine Untersuchung der durch die Teilung unterbrochenen Verbindungen in die benachbarten Regionen außer Acht lassen.²³

Einen weiteren, anders fokussierenden, Beitrag zur Grenzforschung lieferte BERDAHL. Sie untersuchte die Wirkung der deutschen Wiedervereinigung auf die Selbstwahrnehmung und die Identität der Bewohner im ländlichen Raum entlang der ehemaligen Grenze in den 90er Jahren.²⁴ Sie ging dabei der gegenteiligen Frage nach, wie eine verschwindende Grenze die sozialen Beziehungen und das regionale Selbstverständnis der Bewohner beeinflusst, die jahrzehntelang in ihrer unmittelbaren Nähe gelebt haben.

Die Rolle des katholischen Milieus im thüringischen Eichsfeld untersuchte STÖBER in seiner Dissertation und arbeitete dabei dessen Mechanismen der Abwehr und Anpassung gegenüber dem kirchenfeindlichen Kurs der Staatspartei SED auf regionaler Ebene heraus. Eine grenzübergreifende Analyse von bestehenden Netzwerken, die auch im Eichsfeld bis 1961 noch in enger Form bestanden haben, findet jedoch nicht statt.²⁵ Dabei war in den Kirchen die Verbindung zwischen Deutschen in Ost und West am lebendigsten und dort wurde in besonderer Form an der Zusammengehörigkeit festgehalten.²⁶

Für das Thema der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, die nach 1945 auf beiden Seiten der Grenze ein zentraler Faktor für die sozialen Entwicklungen im ländlichen Raum waren, liegen vergleichende Studien zur jeweiligen regionalen

²² Zu nennen u.a.: Arnd BAUERKÄMPER, *Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmodernisierung und Tradition in Brandenburg 1945–1963* (Zeithistorische Studien, 21), Potsdam 2002; Jens SCHÖNE, *Der „sozialistische Frühling“ auf dem Lande. Determinanten der SED-Agrarpolitik zwischen Reformdiskussion und Vollkollektivierung*, in: *Deutschland Archiv* 39 (2006), S. 77–85.

²³ Christopher KOPPER, *Zonenrandförderung und Verkehrspolitik im bundesdeutschen Grenzgebiet: Das Beispiel Niedersachsen*, in: Bernd WEISBROD (Hg.), *Grenzland. Beiträge zur Geschichte der deutsch-deutschen Grenze* (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, Bd. 38), Hannover 1993, S. 95–110.

²⁴ Daphne BERDAHL, *Where the world ended. Re-unification and identity in the German borderland*, Berkeley 1999.

²⁵ Christian STÖBER, *Rosenkranzkommunismus. Die SED-Diktatur und das katholische Milieu im Eichsfeld 1945–1989*, Berlin 2019.

²⁶ WENTKER, *Zwischen Abgrenzung und Verflechtung*, S. 14.

Situation in der DDR und der Bundesrepublik vor.²⁷ Besonders umfangreich hat SCHWARTZ die unterschiedliche Rolle der Vertriebenen und die Vertriebenenpolitik in den beiden deutschen Staaten vergleichend untersucht.²⁸ Deren Einfluss im grenznahen Gebiet, wo Vertriebene auf eine hohe Zahl von Flüchtlingen aus der SBZ bzw. DDR trafen und stellenweise mit diesen konkurrierten, ist jedoch bisher in der Forschung kaum beachtet worden. Dieses Desiderat soll durch den Zuschnitt der vorliegenden Arbeit aufgegriffen und die Integrationsprozesse an der Grenze erforscht werden.

Zu vielen Aspekten des DDR Grenzregimes wurden seit den 90er Jahren umfangreiche Untersuchungen erstellt, die vor allem dessen Opfer in den Fokus nahmen und eng mit der Erinnerungspolitik an das Unrecht der SED-Diktatur verknüpft waren. Zu dieser Form der opferzentrierten Aufarbeitung zählt auch die umfangreiche Untersuchung des Forschungsverbundes SED-Staat zu den Todesopfern an der innerdeutschen Grenze bis 1990.²⁹ Die detaillierteste Darstellung über die Entwicklung und die verschiedenen Ausbaustufen der innerdeutschen Grenze lieferten RITTER und LAPP.³⁰ Dabei handelt es sich um eine allgemeine Untersuchung, die regionale Besonderheiten, wie sie auch in der Rhön auftraten, weitgehend zugunsten einer Gesamtdarstellung ausblendet. Das Thema der Zwangsaussiedlungen von 1952 und 1961, die für das Sperrgebiet der DDR gravierende Auswirkungen hatten, wurde vor allem von BENNEWITZ und POTRATZ untersucht.³¹ Wissenschaftliche Darstellungen zu den Auswirkungen der Teilung in der Rhön, wie sie für das Eichsfeld oder den thüringisch-fränkischen Raum bestehen, fehlen bisher bzw. beschränken sich auf einzelne Aspekte

²⁷ Dazu v.a.: Michael GROTTENDIECK, Zwischen Integration und Abstoßung. Probleme der Eingliederung von Vertriebenen im münsterländischen Greven sowie von antifaschistischen Umsiedlern im mecklenburgischen Ludwigslust im Vergleich, in: Dierk HOFFMANN (Hg.), *Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Eingliederung in der SBZ/DDR* (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer), München 1999, S. 247–271.

²⁸ Michael SCHWARTZ, Vertriebene im doppelten Deutschland. Integrations- und Erinnerungspolitik in der DDR und in der Bundesrepublik, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Nr. 56 (2008), S. 101–153.

²⁹ Klaus SCHROEDER; Jochen STAADT (Hg.), *Die Todesopfer des DDR-Grenzregimes an der innerdeutschen Grenze 1949–1989. Ein biografisches Handbuch* (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin, 24), Frankfurt a.M. 2017.

³⁰ Jürgen RITTER; Peter Joachim LAPP, *Die Grenze. Ein deutsches Bauwerk*, Berlin 2015.

³¹ Inge BENNEWITZ, Das DDR-Grenzregime und seine Folgen. Die Maßnahmen im Hinterland, in: DEUTSCHER BUNDESTAG (Hg.), *Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung und Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der Deutschen Einheit“*, 13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages (Bd. 8), Baden-Baden 1999, S. 707–752.

wie die Enteignung und den Abriss von Bauernhöfen in unmittelbarer Grenz-
nähe.³²

1.4 Methodik und Quellenlage

Die Arbeit folgt dem oben beschriebenen Ansatz einer integrierten Nachkriegs-
geschichte und legt ihren Fokus auf die wechselseitigen sozialen und ökonomi-
schen Beziehungen der grenznahen Dörfer in der Rhön. Um die Transformation
der Rhön in ein zerschnittenes Grenzgebiet nachzuzeichnen, werden die Auswir-
kungen des Grenzregimes und des sich verschärfenden Systemgegensatzes an sei-
ner Nahtstelle untersucht.

Über den Ausbau der Grenze und deren unmittelbare Auswirkungen auf die
Dörfer und Menschen, die an dieser Grenze lebten, geben vor allem die Überlie-
ferungen der west- und ostdeutschen Sicherheitsorgane, namentlich des Ministe-
riums für Staatssicherheit (MfS) und des Zollgrenzdienstes, Aufschluss. Auf bei-
den Seiten wurden Vorkommnisse an der Grenze wie z.B. Fluchtversuche, die
Stimmungslage der Bevölkerung und öffentliche Kundgebungen genau doku-
mentiert. Vor allem die Akten des Zollgrenzdienstes im Bereich Hünfeld, die im
Staatsarchiv Marburg erhalten sind, wurden bisher kaum wissenschaftlich ausge-
wertet, obwohl sie detaillierte Wochen- und Monatsberichte über das Untersu-
chungsgebiet enthalten. Ähnlich ausführlich geben die Akten des MfS des Stasi
Unterlagen Archivs Suhl Auskunft über die Situation im Grenzgebiet des Geisaer
Amtes. Beide Überlieferungen werden hier kritisch gegenübergestellt und ergän-
zen wechselseitig die Untersuchung über Entwicklungen in der Rhön im genann-
ten Zeitraum. Für die unmittelbare Nachkriegszeit werden diese Quellen ergänzt
durch die Berichte der amerikanischen Militärbehörden des Kreises Hünfeld, die
wichtige Erkenntnisse über die politischen Akteure und Organisationen sowie
über die Haltung der Bevölkerung gegenüber den Alliierten und die Bedeutung
der Demarkationslinie für die allgemeine Entwicklung der Region beinhalten.
Auch sie werden kritisch zusammen mit weiteren Quellen wie Selbstzeugnissen
von Bewohnern der betroffenen Dörfer vergleichend ausgewertet.

Da es sich in der untersuchten Region zu jener Zeit um eine agrarisch geprägte
Gegend handelte, hatte die Grenzschließung vor allem Folgen für landwirtschaft-
liche Betriebe, die über grenzübergreifenden Besitz verfügten oder auf Handels-
beziehungen zu Partnern auf der jeweils anderen Seite angewiesen waren. Auf die
negativen wirtschaftlichen Folgen reagierten Verantwortliche in beiden deut-
schen Staaten auf unterschiedliche Weise. Für die Analyse der ökonomischen

³² Wolfgang CHRISTMANN; Bruno LEISTER, *Zu ihrer eigenen Sicherheit? Geschichte der ge-
schleiften Höfe und ihrer Bewohner im Geisaer Amt, Meiningen u.a.* 2011.

Auswirkungen der Grenze und der staatlichen Fördermaßnahmen sind die Akten der betreffenden Ministerien und übergeordneten Behörden besonders aufschlussreich und beziffern die wirtschaftlichen Verluste und die gewährten Hilfsmaßnahmen. Wie diese Entwicklungen vor Ort wahrgenommen wurden und welche Handlungsmöglichkeiten die Akteure wählten, zeigen vor allem die umfangreichen Korrespondenzen zwischen Bürgermeistern, Landwirten, Unternehmern, dem Hünfelder Landrat und dem Rat des Kreises Bad Salzungen mit den jeweiligen Behörden. Diese wurden für das Untersuchungsgebiet ebenfalls erstmals wissenschaftlich umfänglich ausgewertet und gegenübergestellt.

Die Grenze hatte nicht nur Auswirkungen auf die bestehenden ökonomischen Netzwerke und Strukturen. Vielmehr bewirke sie in dieser Region enorme soziale Transformationen. Flüchtlinge aus Thüringen, die sich bewusst im grenznahen hessischen Raum (temporär) niederließen und Heimatvertriebene, die gezielt in dieser Region angesiedelt wurden sowie die bewaffneten Organe der Alliierten und der beiden deutschen Staaten, welche die Grenze sicherten, traten als neue soziale Gruppen hinzu und veränderten das bis dahin sehr homogene soziale Gefüge in einer Gegend, die lange von Abwanderung geprägt gewesen war. Um diese Prozesse untersuchen zu können, wurden neben den Überlieferungen der Sicherheitsbehörden auch Zeitzeugenberichte von Vertriebenen, Flüchtlingen und lokalen Beobachtern vergleichend ausgewertet. Eine wichtige Rolle für die soziale Ordnung und für die politischen Entwicklungen nahm in der Rhön die Kirche, vor allem die dominierende katholische Konfession, ein. Sowohl amerikanische als auch sowjetische Beobachter kritisierten in den ersten Nachkriegsjahren partiell die Position und das Verhalten von Kirchenvertretern in dieser Region und deren Einfluss auf die örtliche Bevölkerung. Auch bei der Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen sowie bei der Abwehrhaltung des katholischen Milieus im Geisaer Amt gegen staatliche Vorgaben und die Einschränkungen des Sperrgebiets war der Einfluss der Amtskirche deutlich zu erkennen. Aufgrund ihrer Bedeutung wird die Rolle der Kirchen in einem eigenen Abschnitt untersucht, da sie wie keine andere nichtstaatliche Organisation Einfluss auf das alltägliche Leben der Menschen in der Rhön hatten.

Die genannten Quellenbestände umfassen einerseits behördliche Überlieferungen und Dokumentationen, andererseits narrative Quellen wie Lebenserinnerungen und Zeitzeugenaussagen. Dabei unterscheiden sich vor allen die amtlichen Dokumente der west- und der ostdeutschen Behörden und Sicherheitsorgane in ihrer Tonalität und Intention deutlich voneinander. Dennoch ergibt sich vielfach das Bild einer parallelen Dokumentation der Ereignisse und Entwicklungen im Untersuchungsgebiet, wodurch es bei quellenkritischer Auswertung möglich wurde, die unterschiedlichen Narrative gegenüberzustellen und deren Inhalte zu vergleichen und einzuordnen. Durch diese methodische Herangehensweise wird dem oben formulierten Grundsatz einer grenzübergreifenden Vernetzung

von Struktur- und Alltagsgeschichte entsprochen. Die Arbeit folgt einem vorwiegend hermeneutischen Ansatz und greift dabei auf die sehr umfangreichen und heterogenen Überlieferungen in den ausgewählten Beständen zurück. Die notwendige Beschränkung und Auswahl der Quellen erfolgten auf Grundlage eingehender Prüfung und Bewertung ihrer Relevanz für die skizzierte Fragestellung der Untersuchung.

2 Eine Region wird geteilt. Grenze zwischen zwei Systemen

2.1 Grenzregime in der Rhön

2.1.1 Von der grünen Grenze zur undurchlässigen Barriere

Im Sommer 1945 begann für die Menschen in der Rhön eine Phase, in der sich die Beziehungen zu ihren jeweiligen Nachbarn auf der anderen Seite der ehemaligen Landesgrenze deutlich verändern sollten. Nach dem vereinbarten Abzug der amerikanischen Truppen aus Thüringen im Frühsommer 1945 verlief ab dem 1. Juli die Demarkationslinie zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Besatzungszone durch die Rhön. Im Gegensatz zu der alten Binnengrenze bedeutete diese für die Menschen jedoch unmittelbar eine grundlegende Einschränkung ihrer Mobilität. Zur Überquerung der Demarkationslinie benötigten die Deutschen spezielle, von den alliierten Militärbehörden ausgestellte, Passierscheine. Der freie und unkontrollierte Übertritt sollte unterbunden werden, um die Regierungsgewalt der Besatzungsmächte in ihren jeweiligen Zonen durchzusetzen.¹ Die Abriegelung und angestrebte Kontrolle des Personenverkehrs an den Zonengrenzen entsprang den Bestrebungen der Alliierten, die kriegsbedingten Emigrationsbewegungen zu lenken und die Sicherheit in den einzelnen Zonen nach dem Zusammenbruch der deutschen Regierung zu gewährleisten.²

Allerdings zeigte sich schnell, dass diese Vorgaben kaum eingehalten wurden und es in vielen Gebieten regelmäßig zu massenhaften Grenzübertritten ohne offizielle Genehmigungen kam. Hunderttausende Menschen passierten in den folgenden Monaten die Demarkationslinien vor allem von Osten in Richtung Westen. Die Alliierten standen vor dem Problem, die festgelegten Grenzen zwischen den Besatzungszonen effektiv zu kontrollieren, was sich als äußerst schwierig erwies. Hinzu kam, dass man sich in Potsdam darauf geeinigt hatte, Deutschland weiterhin als wirtschaftliche Einheit zu behandeln. Der Güterverkehr zwischen den einzelnen Zonen sollte daher nicht behindert werden, was sich in der Realität der folgenden Monate und Jahre aber als illusorisch herausstellen sollte.³ Schon bald gerieten die wirtschaftlichen Aspekte ins Zentrum der alliierten Politik an den Zonengrenzen, da sich der zonenübergreifende Schwarzhandel zu einer großen Belastung für die Versorgung der Zivilbevölkerung entwickelte. In diesem Zusammenhang drängte vor allem die sowjetische Militäradministration im Alliierten Kontrollrat auf eine intensivere Regulierung und Kontrolle des

¹ Vgl. Wieland FÜHR, *Berliner Mauer und innerdeutsche Grenze 1945–1990*, Petersberg 2010, S. 15–25.

² Vgl. SÄLTER, *Grenzpolizisten*, S. 15–24.

³ Vgl. LAPP, *Grenzregime der DDR*, S. 16f.

Interzonenverkehrs. Am 30. Juni 1946 erließ der Kontrollrat eine Genehmigungspflicht für jeglichen Waren- und Personenverkehr zwischen der sowjetischen und den übrigen drei Besatzungszonen. Zur Überquerung war fortan ein spezieller Interzonenpass nötig, der von den Polizeibehörden der Besatzungszonen ausgestellt werden konnte.⁴ Der Umfang des Schmuggels über die auch weiterhin sehr durchlässige Grenze wuchs nach der Währungsreform 1948 noch einmal stark ein. Er verschärfte die wirtschaftlichen Probleme auf beiden Seiten, vor allem jedoch in der SBZ, durch den steigenden Abfluss von Lebensmitteln und anderen Produkten und sollte daher eingedämmt werden.⁵

Die Erfahrungen seit 1945 hatten gezeigt, dass es den alliierten Streitkräften allein nicht möglich sein würde, die Grenze zwischen den einzelnen Zonen in ihrer gesamten Länge ausreichend zu kontrollieren. Aus diesem Grund wurden ab 1946 in der britischen, amerikanischen und sowjetischen Besatzungszone deutsche Polizeieinheiten auf Länderebene gebildet, die unterstützend bei der Kontrolle und Sicherung der Demarkationslinien mitwirken sollten.⁶ Obwohl der Alliierte Kontrollrat in seiner Direktive Nr. 16 vom 6. November 1945 Weisungen für die Aufstellung von Polizeikräften an den Demarkationslinien ausgegeben hatte, blieb deren Organisation, wie auch die der übrigen deutschen Polizeiorgane, weitgehend Sache der jeweiligen Besatzungsmächte.⁷ Auf Anweisung der SMAD wurden in den Ländern der SBZ am 1. Dezember 1946 gesonderte Einheiten als Teil der *Deutschen Volkspolizei* gegründet, die sowohl an den Grenzen zur Tschechoslowakei und Polen, wie auch an der 1.378 km langen Demarkationslinie zu den westlichen Besatzungszonen Unterstützungsfunktionen übernahmen.⁸ Die Einheiten in der SBZ wuchsen bis 1948 auf eine Gesamtstärke von ca. 20.000 Polizisten an und wurden im selben Jahr in die zentrale deutsche Verwaltung des Inneren der SBZ integriert.⁹ Ab 1952 trugen diese Einheiten die offizielle Bezeichnung *Deutsche Grenzpolizei* (DGP).¹⁰ Von Beginn an wurden die Angehörigen der Volkspolizei an der Grenze von der Bevölkerung vielerorts als

⁴ Vgl. SÄLTER, Grenzpolizisten, S. 21f.

⁵ Vgl. Mathias BÖS; Kerstin ZIMMER, Wenn Grenzen wandern. Zur Dynamik von Grenzverschiebungen im Osten Europas, in: Georg VOBRUDA; Monika EIGMÜLLER (Hg.), Grenzsoziologie. Die politische Strukturierung des Raumes, Wiesbaden 2009, S. 157–185, hier S. 171.

⁶ Vgl. Wilfried HANISCH, Zur Entwicklung der Grenzschutzorgane in den Jahren 1946 bis 1960, in: Hans-Dieter BAUMGARTEN; Peter FREITAG (Hg.), Die Grenzen der DDR. Geschichte, Fakten, Hintergründe, Berlin 2004, S. 104–157.

⁷ Vgl. Daniell BASTIAN, Westdeutsches Polizeirecht unter alliierter Besatzung (1945–1955), Tübingen 2010, S. 44f.

⁸ Vgl. Toralf RUMMLER; Petra SCHÄFER, Gewalttaten an der deutsch-deutschen Grenze (Strafjustiz und DDR-Unrecht, Bd. 2), Berlin 2012, S. 683.

⁹ Vgl. HANISCH, Zur Entwicklung der Grenzschutzorgane, S. 112.

¹⁰ Vgl. RUMMLER; SCHÄFER, Gewalttaten an der deutsch-deutschen Grenze, S. 683.

strenger im Vergleich zu den sowjetischen Soldaten wahrgenommen. Während letztere sich oftmals empfänglich für Bestechungen durch Grenzgänger zeigten, haftete den Beamten der Polizei der Ruf eines besonderen Dienstefers an.¹¹ 1949 verzeichnete die Thüringer Grenzpolizei fast 200.000 gestellte Grenzgänger. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Bewohner der SBZ. Vierzig Personen wurden in diesem Jahr durch Schusswaffeneinsatz an der Grenze verwundet, zwölf tödlich getroffen.¹² Seit dem Freundschaftsvertrag mit der UdSSR 1955 übernahm die DGP allein die Sicherung der Grenzen zur Bundesrepublik und West-Berlin. Für den Grenzabschnitt bei Geisa war das Grenzkommando Dermbach zuständig. Dieses umfasste vier Grenzkompanien in Vacha, Unterbreizbach, Geisa und Spahl. Die Kompanien gliederten sich wiederum in insgesamt zwölf Grenzkommandos, die aus 50 bis 60 Männern bestanden und jeweils einen festgelegten Abschnitt der Grenze kontrollierten.¹³

In Hessen waren erste Einheiten einer gesonderten Grenzpolizei durch die amerikanischen Militärbehörden bereits am 3. Mai 1946 aufgestellt worden.¹⁴ Ausrüstung und Charakter der neuen Polizeieinheiten waren sowohl in Hessen als auch in Thüringen in den ersten Jahren sehr provisorisch. Auf beiden Seiten erfolgte die Unterbringung der Polizeibeamten bis zu Beginn der 50er Jahre in Privatquartieren oder Gastwirtschaften in den Ortschaften entlang der Demarkationslinie. 1949 umfasste die hessische Grenzpolizei, die dem Innenministerium unterstand, 600 Männer im Alter von 25 bis 30 Jahren.¹⁵ Bis 1949 hatte sie offiziell die Anweisung, illegale Grenzüberquerer, die an der Zonengrenze oder im rückwärtigen Gebiet (bis 15 km) aufgegriffen wurden, direkt in die SBZ zurückzuweisen. Im Wiederholungsfall konnte die Vorführung vor einen Richter angeordnet werden. Seit August 1947 waren deutsche Zivilgerichte in der amerikanischen Zone befugt, Geld- und Haftstrafen von bis zu drei Monaten bei Grenzverletzungsdelikten zu verhängen.¹⁶ Dass diese Strafandrohungen nicht viel Wirkung zeigten, verdeutlichte ein Bericht des Hünfelder Landrates aus dem August 1950. Demnach hielten sich zu diesem Zeitpunkt 63 Personen aus der *Sowjetzone* illegal im Kreisgebiet auf, von denen die meisten weiter nach Westen ziehen wollten. Viele von ihnen waren bereits durch ein ordentliches Gericht bestraft und in

¹¹ Vgl. STÖBER, Rosenkranzkommunismus, S. 59.

¹² Vgl. Roman GRAFE, Die Grenztruppen der DDR, in: Hans EHLERT; Matthias ROGG (Hg.), Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven, Berlin 2004, S. 337–353, hier S. 338. Über Verwundete oder Todesopfer im Grenzgebiet bei Geisa zu diesem Zeitpunkt ist nichts bekannt.

¹³ Hauptzollamt Bad Hersfeld an Oberfinanzdirektion Frankfurt, 9.05.1957. HHStAW, 531, 127.

¹⁴ Vgl. LAPP, Grenzregime der DDR, S. 16f.

¹⁵ Besprechung in Innenministerium betr. Zollgrenzdienst, 7.04.1949. HHStAW, 531, 143.

¹⁶ Hessischer Innenminister an Inspektion des Zollgrenzdienstes Bad Hersfeld, 19.11.1949. HHStAW, 531, 147.